UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 18. September	Nr. 1210

Deutsche Frontkämpfer auf den serbischen Schlachtfeldern.

Belgrad, 17. September. Auf der Reise durch das ehemalige Kriegsgebiet in Serbien und Mazedonien, bei der sie auch die Gräber ihrer Kameraden in Belgrad und Smederevo (Semendria) besuchten, traf am Donnerstag eine Gruppe deutscher Frontkämpfer — Teilnehmer an den Kämpfen in Serbien und Mazedonien — in der Stadt Bitolj (Monastir) ein, die in den Jahren 1916/18 im Zentrum der mazedonischen Front lag. Die deutschen Kriegsteilnehmer wurden in Bitolj von den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden empfangen und von der Bevölkerung freundlich begrüßt.

Vor der Stadt Bitolj ragt auf einem Hügel mitten im ehemaligen Kampfgelände die vom Volksbund für Deutsche Kriegsgräberfürsorge errichtete Totenburg der an dieser Front gefallenen deutschen Soldaten. Hier fand unter Teilnahme einer Ehrenkompagnie der jugoslawischen Armee eine feierliche Ehrung der deutschen Gefallenen statt. Auch auf dem serbischen und dem französischen Kriegerfriedhof legten die deutschen Frontkämpfer Kränze nieder. An den Besuch der Stadt Bitolj schloß sich eine Besichtigungsfahrt in das ehemalige Frontgebiet, in dem im Herbst 1916 und 1918 vor genau 20 bezw. 18 Jahren die schwersten Kämpfe stattfanden.

Einigung im französischen Textilarbeiterstreik.

Paris, 18. September. Die von der Regierung eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen im Arbeitsstreit in der Lille Textilindustrie haben am Donnerstag zu einem Abschluß geführt. Nach fast 30stündiger Beratung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist schließlich am späten Abend des Donnerstag doch noch eine Einigung zustandegekommen.

Es wurde ein gemeinsames Abkommen ausgearbeitet, das die Wahl von Vertrauensmännern der verschiedenen Betriebswerke eines Werkes vorsieht. Diese Vertrauensmänner der Belegschaft sollen von der Werksleitung stets zur Aussprache empfangen werden, um ihre Bezahlung soll den mittleren Lohn ihrer Arbeitskategorien entsprechen. Weiter sieht das Abkommen rückwirkend vom 1. August eine Lohnerhöhung für alle unter dem Durchschnitt liegenden Löhne vor. Eine weitere allgemeine Lohnerhöhung von 6 v. H. soll am 1. Oktober in Kraft treten. Außerdem soll ein ständiger Ausschuß eingesetzt werden mit der Aufgabe, die Löhne den Lebenshaltungskosten anzugleichen. Ein Schlichtungsausschuß soll in Zukunft für die sofortige Beilegung aller Arbeitskonflikte geschaffen werden. Vergeltungsmaßnahmen von der einen oder der anderen Seite dürfen nicht ergriffen werden.

Diese Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern konnte jedoch erst erzielt werden, nachdem Ministerpräsident Blum im Namen der Regierung den Arbeitgebern noch einmal die unbedingte Versicherung gegeben hatte, daß erneute Fabrikbesetzungen und Stillegungen der Textilwerke im Lille Industriegebiet nicht geduldet werden würden.

Chautemps stellvertretender Außenminister.

Paris, 18. September. Außenminister Delbos hatte vor seiner Abreise nach Genf noch eine längere Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Léon Blum.

Während Delbos' Abwesenheit wird der Staatsminister ohne Geschäftsbereich Chautemps die Geschäfte des Außenministeriums führen.

Entschließungen des Europäischen Nationalitätenkongresses.

Genf, 17. September. Der Europäische Nationalitätenkongreß hat am Donnerstag die Erörterung über das Lebensrecht der Volksgruppen in den Staaten Europas fortgesetzt. Der Vertreter der Ukrainer in Polen, Abg. Pebenjky, verwies insbesondere auf die außerordentlich schwere Lage des ukrainischen Volkstums in der Sowjetunion, das nicht nur in seinem kulturellen Leben niedergedrückt, sondern auch von physischer Vernichtung bedroht sei.

Der Präsident der "Deutschen Vereinigung für Posen und Pommerellen" wandte sich besonders gegen die Zurücksetzung der Minderheitsangehörigen bei der Eingliederung in den Arbeitsprozeß. Wenn man den Jugendlichen einer Minderheit keine Arbeit und kein Brot gebe, würde man diese dem Anarchismus und dem Kommunismus ausliefern.

Der Vertreter der Sudetendeutschen, Dr. Neumirth, erklärte: Entnationalisierung sei letzten Endes immer Gewaltanwendung. Die Voraussetzung für die Betriebsamkeit der Volksgruppen und damit für den Frieden Europas sei reale Rechtsstaatlichkeit. Es müsse dazu kommen, daß das Prinzip der Rechtsgleichheit allenthalben, wo nationale Volksgruppen in gemischtvölkischen Staaten lebten, Wirklichkeit werde.

Der Europäische Nationalitätenkongreß nahm zum Abschluß seiner Tagung einstimmig zwei Entschließungen an. Die erste Entschließung befaßt sich mit dem „Lebensrecht von Volksgruppen in den Staaten Europas". Darin heißt es:

„Der 12. Europäische Nationalitätenkongreß ruft erneut angesichts des Ernstes der Stunde mit verstärkter Dringlichkeit die Staaten und Völker Europas zur Besinnung auf die Gefahren auf, die sich aus der mangelnden Achtung des naturgegebenen Lebensrechts von rund 40 Millionen Menschen ergeben, die als nationale Minderheiten allenthalben in Europa leben. „Der Kongreß stellt mit Genugtuung fest, daß die Volksgruppen noch immer in Disziplin und ausschließlich auf dem Boden rechtlicher Forderungen ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen suchen. Er ist jedoch von schwerer Besorgnis erfüllt, daß es zu unbesonnenen Akten der Verzweiflung kommen könnte. Daraus erwächst den Verantwortlichen die Verpflichtung, alles daran zu setzen, unhaltbare Zustände zu beseitigen.

Der 12. Europäische Nationalitätenkongreß fordert deshalb eine grundlegende Erneuerung des Minderheitenrechts. Jede rechtliche Regelung des Nationalitätenproblems hat davon auszugehen, daß die nationalen Minderheiten Gelegenheit zu Erwerb und ihrem Heimatboden verbunden sind und ein genau so unveräußerliches Recht auf ihre angestammte Heimat und die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten in ihr haben wie das im Staate führende Volk. Es ist kein wahres Nationalitätenrecht denkbar, das die nationalen Minderheiten nicht als kollektive Einheiten und Rechtssubjekte anerkennt. Die in den Schutzverträgen festgestellten Postulate sollen ihrer grundsätzlichen Natur gemäß allgemeine Geltung im europäischen Rechtsleben finden. Gleichzeitig muß vermieden werden, daß die bestehenden völkerrechtlichen Bindungen nationalitätenrechtlicher Art eine Lockerung erfahren. Die Neuregelung des Nationalitätenrechts muß das Ziel anstreben, den Volksgruppen Europas einen Ersatz zu bieten für die ihnen versagte Eigenstaatlichkeit."

Die zweite Entschließung befaßt sich mit der Völkerbundsreform im Hinblick auf die Nationalitäten. Es heißt darin:

„Der 12. Europäische Nationalitätenkongreß hat eingehend die besorgniserregende Verschlechterung der rechtlichen und tatsächlichen Lage der europäischen Minderheiten geprüft und festgestellt, daß die Mißachtung der international garantierten Minderheitenrechte und die Vorenthaltung selbst der bescheidensten nationalkulturellen und wirtschaftlichen Freiheiten in einer großen Zahl der europäischen Staaten zu einer einzigartigen kritischen Zuspitzung geführt hat, welche zwischenstaatliche Spannungen unvermeidlich machen und sich in der näheren Zukunft vermutlich weiter steigern dürfte. Das Nationalitätenproblem gehört zu den Fragen, von deren Lösung das Schicksal Europas, die Frage, ob Krieg oder Frieden, in höchstem Maße abhängig ist.

Deshalb erhebt der Nationalitätenkongreß im Namen von fast 40 Millionen Europäern mit aller Entschiedenheit die Forderung, daß die Reform des Völkerbundes an der Nationalitätenfrage nicht vorbeigehen darf. Insbesondere ist der Nationalitätenkongreß der Ansicht, daß die Garantiepflicht des Völkerbundes, und also auch aller europäischen Minderheiten, in den Völkerbundspakt einzubauen ist.

Zur Durchführung der solchermaßen in der Satzung des Völkerbundes zu verankernden Aufgabe soll, ebenfalls satzungsgemäß, eine ständige Kommission beauftragt werden, die Einhaltung der Minderheitenrechte zu übernachten, Berichte entgegenzunehmen und zu prüfen, sowie dem Völkerbundsrat Vorschläge zu machen und Gutachten zu erstatten.

Der Kongreß fordert, daß er bei der Vorprüfung von Reformmaßnahmen auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes als die einzig umfassende Organisation europäischer Minderheiten gehört und zur sachverständigen Mitarbeit hinzugezogen werde."

Chinesische Vorschläge zur Völkerbundsreform.

Genf, 17. September. Die chinesische Regierung regt in ihrer Denkschrift zur Völkerbundsreform hauptsächlich eine Verstärkung der vorbeugenden Maßnahmen im Falle eines drohenden Konflikts an. Sie würde es zu diesem Zweck für angebracht halten, die geeignetere Form festzustellen, daß die in Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen unter Umständen auch zur Verhütung eines bewaffneten Konflikts angewandt werden können. Die im Konfliktsfalle notwendige Bezeichnung des Angreifers sollte durch eine Entschließung erleichtert und beschleunigt werden, die die maßgebenden Grundsätze genau festsetzt. Um Sanktionsmaßnahmen gegebenenfalls möglichst wirksam zu gestalten wäre es erwünscht, einen ständigen Sachverständigenausschuß zur Ausarbeitung eines genauen Verfahrens zu schaffen. Insbesondere sollten die militärischen Fragen rechtzeitig und planmäßig vom Völkerbund geprüft werden. Zum Abschluß von Regional-Pakten stimmt die chinesische Regierung grundsätzlich zu unter der Voraussetzung, daß sie als Ergänzung und nicht als Ersatz der Bestimmungen der Satzung gedacht sind und wirksam werden.

Der Negus wendet sich an den Haager Gerichtshof.

London, 17. September. Die Londoner Anwaltsfirma Arram, Fairfield und Co. hat am Donnerstag an den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag ein Telegramm gesandt, in dem im Auftrage „des Kaisers von Abessinien und seiner Regierung" die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung „zur Anhörung der abessinischen Beschwerden gegen Italien" beantragt wird.

Winston Churchill besucht die Maginot-Linie.

Paris, 17. September. Der englische Staatsmann Winston Churchill, der sich, bekanntlich zeitweise in Lothringen aufhält, hat verschiedene Einrichtungen der Befestigungswerke der Maginot-Linie besichtigt. Er wurde vorher vom Militärgouverneur von Metz, General Giraud, empfangen.

Wie verlautet, wird Winston Churchill demnächst auch nach Paris kommen und dort einen Vortrag über die politische Weltlage und das englisch-französische Verhältnis halten.

Der rumänische Verkehrsminister in Belgrad.

Belgrad, 17. September. Der rumänische Verkehrsminister ist am Donnerstag vormittag in Belgrad eingetroffen, um mit dem jugoslawischen Verkehrsminister Spaho Verhandlungen über den Bau einer Donaubrücke zu führen, die Jugoslawien mit Rumänien verbinden soll. Bei seiner Ankunft erklärte der rumänische Minister den Vertretern der Presse, daß, ehe mit den Vorarbeiten zum eigentlichen Bau begonnen werden könne, erst ein Uebereinkommen über den Ort des Brückenbaues erzielt werden müsse, wofür Rumänien die Verbindung Turn—Severin—Kladovo vorschlage. Daher gehen seine auch die finanziellen Fragen, insbesondere die Aufteilung der Baukosten auf die beiden Länder, noch ungeklärt.

25 britische Kriegsschiffe in spanischen Gewässern.

London, 18. September. Wie der Flottenkorrespondent des Daily Telegraph meldet, befinden sich zur Zeit 25 britische Kriegsschiffe in spanischen Gewässern oder in benachbarten Häfen. Alle Vorbereitungen seien getroffen, um einen neuen Strom von Flüchtlingen aufnehmen zu können, falls es zu neuen, noch ernsteren Entwicklungen in Spanien kommen sollte.

Der Oberbefehlshaber der Mittelmeerflotte, Admiral Sir Dudley Pound, ist auf seinem Flaggschiff „Königin Elisabeth" in Malaga eingetroffen, um die Lage zu untersuchen.

Mexikanisches Kriegsmaterial für die Marxisten in Malaga.

London, 18. September. Wie Reuter aus Gibraltar meldet, erwarten die marxistischen Streitkräfte in Malaga sündlich eine große Gewehr- und Munitionslieferung aus Mexiko, die mit dem Dampfer „Magallanes" eintreffen soll. Der Regierungsschiffchiff „Jaime I" und mehrere Jäger beobachteten, der „Magallanes" entgegenfahren und sie in den Hafen von Malaga zu geleiten. Angesichts dieser großen ausländischen Unterstützung für die marxistischen Streitkräfte glaubt man, daß sich die Eroberung Malagas durch die Nationalisten weiter hinauszögern werde.

Erfolge der Nationalisten an allen Fronten.

Hendaye, 18. September. Ueber eine Reihe weiterer militärischer Erfolge der Nationalisten an den verschiedenen spanischen Fronten berichtet der Rundfunksender Burgos am Donnerstag nachmittag.

Im Laufe des Mittwoch sei von den nationalistischen Truppen bei ihrem Vormarsch auf Bilbao der Berg Aldapa besetzt worden. Die siebenden Roten Milizen hätten zwei Geschütze und eine bedeutende Menge Munition zurückgelassen. General Franco meldet, daß seine Truppen bei Toledo neuerlich beträchtlich vorgestoßen seien und ein Geschütz sowie zwei Flugzeuge erbeuten konnten. Auf diesem Frontabschnitt soll es ferner gelungen sein, vier über dem Kampfgebiet Bomben abwerfende rote Flieger abzuschießen. In Alcazar de San Juan in Andalusien haben, wie weiter gemeldet wird, nationalistische Flugzeuge den Flughafen und das Benzindepot der Roten mit Brandbomben belegt. Drei Flugzeuge seien zerstört und der ungefähr 5000 Liter Benzin fassende Tank in Brand gesetzt worden.

Der gleiche Sender berichtet aus Madrid, daß dort angesichts der herrschenden Metallknappheit alle größeren und kleineren Eisen- und Bronzegegenstände beschlagnahmt würden, um sie für die Herstellung von Kriegsmaterial einzuschmelzen.

Aus San Sebastian meldet der nationalistische Sender schließlich, daß verschiedene Konsuln bereits Besuche bei den neu eingesetzten städtischen und Militärbehörden abgestattet hätten.

Den Sender Cadiz zufolge sind die nationalistischen Truppen an der Front nördlich von Madrid bei Escorial erfolgreich vorgestoßen. Eine Reihe ausgebauter Schützengräben der Roten konnten besetzt werden. Im Süden von Madrid sollen die marxistischen Streitkräfte angesichts des drohenden Nähertreffens der Gruppe des Obersten Yagüe an die Hauptstadt bereits fieberhaft am Ausbau von Schützengräben arbeiten.

In seinem Tagesbericht gab General Queipo de Llano am Donnerstag abend über den Sender Sevilla bekannt, daß es den nationalistischen Truppen bei Talavera gelungen sei, den Streitkräften der Madrider Regierung unter General Asencio eine vernichtende Niederlage beizubringen. Die roten Truppen sollen 508 Tote, darunter fünf Offiziere, und zahlreiche Gefangene verloren haben. Unter den Gefangenen befinde sich der Sohn General Asencios. In der Hand der Nationalisten sei ferner zahlreiches Kriegsmaterial, darunter zwei Panzerwagen, eine vollständige Flakbatterie und eine Feldambulanz gefallen.

General Queipo de Llano teilte ferner mit, daß der Kommandant der Streitkräfte der Madrider Regierung, Mancheme, wegen des Fehlschlagens seiner Offensive vor das „Volksgericht" in Madrid geteilt und verurteilt worden sei.

Die nationalistischen Truppen hätten nunmehr auch die letzten vereinzelten kommunistischen Nester in der Provinz Galicien gesäubert und damit den Kommunismus in dieser Provinz vollständig ausgerottet.

Handelsminister Roper für gesunde Geschäftsverbindungen.

Washington, 17. September. In einer Ansprache vor dem Business Advisory Council, einer Gruppe von Wirtschaftsführern, die mit dem Handelsamt Wirtschaftsprobleme beraten, erklärte Handelsminister Roper: Wir wünschen unseren Außenhandel so zu betreiben, daß wir nicht Aufträge für eine Kriegszeit erstreben. Dieses Verfahren könnte unser Land in Konflikte verwickeln und die Geschäftswelt hindern, größere Handelsmöglichkeiten unter Friedensverhältnissen zu erlangen. Man solle nicht langfristige, sichere und gesunde Geschäftsverbindungen und Handelsgelegenheiten für durch Kriegsverhältnisse zeitbedingte Aufträge opfern. Man müsse sich vor Kriege fernhalten. Die Verbündnisse in Europa machten es ratsam, für die Vereinigten Staaten eine angemessene Neuregelung auf wirtschaftsund sozialen Gebieten im Interesse einer klugen und verständigen Zusammenarbeit zu erstreben und dadurch europäische Extreme zu vermeiden".

Deutscher Bund gegen die Eingliederung Südwest-Afrikas.

Pretoria, 17. September. General Hertzog empfing eine Delegation des Deutschen Bundes Südwest, und zwar die Herren Dr. Hirsekorn, Neuendorf und Breiting, sowie den Wirtschaftlichen Bund und die Opposition im Landesrat. Alle diese sind gegen eine Einverleibung Südwestafrikas als fünfte Provinz.

Die Vertreter des Deutschen Bundes protestierten namens der deutschen Bevölkerung gegen die einseitige Darstellung des Berichtes der Verfassungskommission, der keineswegs den berechtigten deutschen Forderungen und deutschen Aussagen vor der Kommission im Jahre 1935 gerecht werde. Eine Aenderung der bestehenden Verwaltungsform, so sagten sie weiter, werde weder in politischer noch in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht eine Besserung schaffen. Die Deutschen müßten sich bei der Einführung der Provinzialverwaltung und der Abschaffung der Selbstverwaltung von der Mitwirkung an der Verwaltung zurückziehen. Die deutschen Vertreter baten, die Eingliederung abzulehnen, und beantragten gleichzeitig eine angemessene Vertretung der nicht wahlberechtigten Deutschen unseres Bundes durch Mitglieder des Landesrates, die durch den Administrator zu ernennen seien.

General Hertzog zeigte wohlwollendes Verständnis und sagte eine eingehende Prüfung durch die Unionregierung zu. Falls keine Abänderungen des gegenwärtigen Zustandes erfolgten, werde in wenigen Wochen durch die Unionregierung eine Entscheidung getroffen, im Falle von Abänderungen jedoch werde das Parlament entscheiden.

Nach Ansicht unterrichteter Kreise und einem Kommentar der Zeitung Star zufolge ist eine Veränderung der gegenwärtigen Verfassungslage Südwest-Afrikas unwahrscheinlich. Eine Eingliederung als fünfte Provinz sei danach also nicht zu erwarten.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.